

15. Jahrgang, Ausgabe 2 Juli 2009

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)  
c/o CDU-Landtagsfraktion  
Domplatz 6-9 Tel.: (0391) 5 60 20 00  
39104 Magdeburg E-Mail: FV@cdufraktion.de

## Die Ökumenische Versammlung 1988/89 als einer der Vorboten der friedlichen Revolution

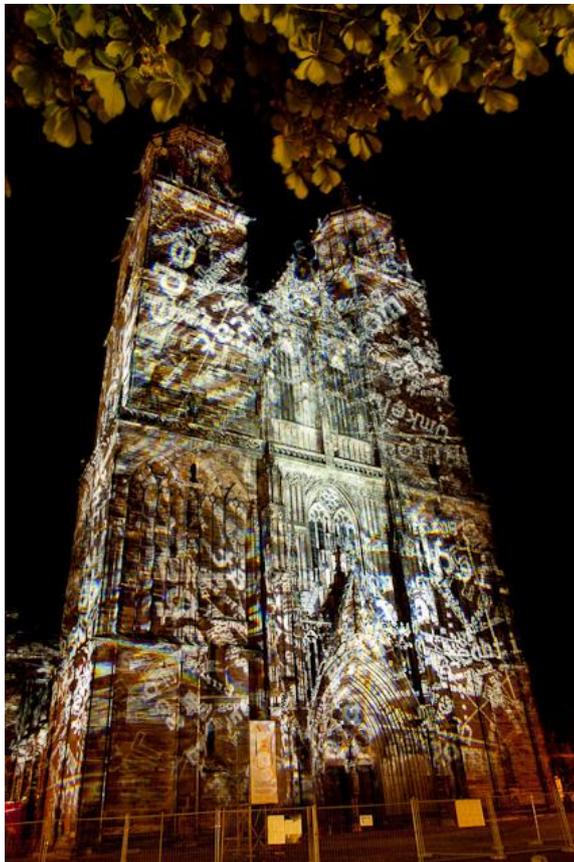
### In dieser Ausgabe:

<i>Die Ökumenische Versammlung 1988/89 als einer der Vorboten der friedlichen Revolution</i>	1-2
<i>Vorboten der friedlichen Revolution in der DDR</i>	3
<i>Auszüge aus dem „Brief aus Weimar“</i>	4-5
<i>Lotto-Mittel sind feste Stütze für historische Gemäuer</i>	6-7
<i>In der Welt aber nicht von der Welt</i>	8-9
<i>Bischof Axel Noack aus Magdeburg verabschiedet</i>	9
<i>Jugendweihe - Ein Leserbrief von Prof. Huth</i>	10-13
<i>EAK Landesvorstand besucht Landesausstellung „Fundsache Luther“</i>	14
<i>Körperschaftsrechte für Jehovas Zeugen - Gründe, Fakten, Folgen</i>	15-16

Das Jahr 2009 ist das Jahr zahlreichen Gedenkens und des Erinnerens an die friedliche Revolution 1989/90. Es ist nur natürlich, nach Vorboten dieser Revolution Ausschau zu halten. Nach meiner Erinnerung und Einschätzung gehört die Ökumenische Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung (ÖV) dazu, obwohl sich viele der Delegierten selber, meine Person eingeschlossen, damals noch nicht als solche verstanden haben. Die Ökumenische Versammlung trat mit 146 Delegierten aus 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften im Februar 1988 in Dresden, 1988 in Magdeburg und Ende April 1989 wiederum in Dresden zusammen. Die Dokumente waren offensichtlich für die Staatsmacht eine Provo-

kation. Für die Kirchen waren sie ein weiterer, wenn auch vergeblicher Versuch, den Staat, den

vertreten erstmals Vertreter fast aller christlichen Kirchen zusammengekommen waren und im Gebet und in der Feier gemeinsam um Beschlüsse gerungen haben. Es ist dieser Versammlung auch in ungewöhnlich starker Weise gelungen, über den kirchlichen Raum hinaus in vielerlei Gesprächsforen breite Teile der Gesellschaft in diese Suchbewegung nach einer gerechten und friedlichen Gesellschaft mit hinein zu nehmen. Die Menschen überwand mehr und mehr ihre Angst, sie überwand mehr und mehr ihren Kleinmut, dass sie doch zu wenige seien und letztlich nichts ausrichten könnten. Sie schöpften Hoffnung, und der Weltauftrag der christlichen Kirchen erhielt eine seit Jahren nicht erlebte Konkretion. Eine entscheidende Botschaft war, dass der biblische Ruf zur Umkehr jeweils die Men-



Lichtinstallation am Dom zu Magdeburg

sie ja nicht verlassen wollten, endlich zu Reformen zu bewegen. Die Ökumenische Versammlung selber wiederum kam seit 1987 unter dem Aufruf „Eine Hoffnung lernt Gehen“ zustande. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass seit Jahrhun-

## Die Ökumenische Versammlung...

Fortsetzung von S. 1

schen heute, jeweils die Menschen in ihrem konkreten „JETZT“ trifft. Die Versammlung war vorsichtig genug, wichtige Einsichten als vorläufige Einsichten zu formulieren, aber sie hatte doch die Kraft, 19 Kirchen sich gegenseitig binden und verpflichten zu lassen. Und so heißt es im am 30.04.1989 verfassten Begleitbrief

*„- wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen;  
- wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen;  
- wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Leben auf dieser Welt zu schützen und zu fördern.“*

Die Dokumente der Ökumenischen Versammlung sind heutzutage von historischem Wert, beinhalten aber immer noch Anregungen und Verpflichtungen, unter den heutigen Bedingungen nach einem Weg für Gerech-

tigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu suchen.

So ist es auch gar nicht verwunderlich, dass das Dresdner Dokument im politischen Raum in vielfältiger Weise wirkte. Die Basisgruppen benutzten die Beschlüsse, um ihren, je eigenen Weg zu finden. Aber auch in der Ost-CDU wurden die Unterlagen studiert und diskutiert. Und so konnte ich selber als Mitglied



der Ökumenischen Versammlung dem Stadtvorstand der CDU in Magdeburg Mitte Mai 1989 berichten. Der Stadtvorstand hatte damals jedoch noch nicht den Mut und die Kraft, sich wesentliche Teile dieser Forderungen zu Eigen zu machen. Aber der Sta-

chel saß im Fleisch, die Diskussion, insbesondere in den Ortsverbänden ging weiter und so hat die Ökumenische Versammlung in entscheidendem Maße dazu beigetragen, dass auch die CDU sich 1989 aus der Umklammerung der SED lösen konnte und zu eigener politischer Gestaltungskraft zurück fand.

Es ist nicht verwunderlich, dass viele Christen der damaligen Ökumenischen Versammlung sich in den Folgejahren in den Parlamenten oder verantwortlichen gesellschaftlichen Funktionen wieder fanden, übrigens in demokratischen Parteien mit recht unterschiedlicher Programmatik. Dieses ist letztlich auch nicht verwunderlich, da aus dem Evangelium eben kein eindeutiges Parteiprogramm ableitbar ist. Es ist aber für die Demokratie wichtig, dass genügend Christen als „Hefeteig“ an dem Ort wirken, an dem sie tätig sind.

Am 10. September 1989 formulierten CDU-Mitglieder der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR den so genannten „Brief aus Weimar“. Er war gerichtet an die Mitglieder und Vorstände der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und leitete endgültig den Erneuerungsprozess der CDU im Osten ein. Wir veröffentlichen Auszüge aus diesem historischen Dokument in diesem Rundbrief.



Bundesarchiv, Bild 183-1989-1218-037  
Foto: Galbeck, Friedrich 18. Dezember 1989

Es ist aber für die Demokratie wichtig, dass genügend Christen als „Hefeteig“ an dem Ort wirken, an dem sie tätig sind.

Montagsdemonstration in Leipzig  
(18. Dezember 1989).

Jürgen Scharf

## Vorboten der friedlichen Revolution in der DDR

1988 war es unter Gorbatschow erstmals für normale DDR-Bürger möglich, Freunde in Estland zu besuchen. Bislang galt die Estnische SSR als Militärisches Sperrgebiet für Ausländer. Die Bahnreise nach Pskov (in der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik (RFSR) gelegen) verlief problemlos. Gegen 4 Uhr mit dem Zug Berlin-Moskau in Pskov pünktlich angekommen, erlebten wir die chaotische Fahrplanabstimmung mit Anschlusszügen. Fahrplanmäßig fuhr der Zug nach Tartu (Estnische SSR) 15 Minuten vor der Ankunft des Fernzuges ab. Durch Zufall erfuhren wir, dass es noch eine Fernbusverbindung nach Tartu gab. Den Bus erreichten wir gerade noch nach dem Erstellen der Fahrkarten am Bahnhof. Davon ausgehend, dass es eine Fernstraße nach Tartu sein müsste, waren wir nicht wenig überrascht, als kilometerlang gewalzte erdbedeckte Straße den Belag bildete. Unsere Freundin hatte uns schon darauf vorbereitet, dass im öffentlichen Verkehr nur Russisch als Sprache galt. Der Geldumtausch verlief wie vorhergesehen. Ohne Russisch kein Geldtausch. Auf estnisch reagierte die russische Schalterbeamtin mit dem Hinweis, dass die estnische Sprache nicht zulässig sei. Das gleiche wiederholte sich bei einem Studentenausflug in die weitere Umgebung von Tartu. Am Fahrkartenschalter des Bahnhofes in Tartu setzte der Beamte ebenfalls nur die auf russisch vorgebrachten Fahrkartenwünsche in die Tat um. Der Ausflug ging durch unberührten Wald an einigen für die

Gegend typischen Holzhäusern vorbei zu einem kleinen Fluss, der sich mäandrierend durch den Wald schlängelte. Das Wanderziel war eine Wiese, die vom Fluss umschlungen wurde. Der Prallhang, ein hoher Felsabschnitt, der von alten Fichten bestanden war, stellte den Abschluss dieser verwunschenen Waldwiese dar. Für meine Frau und mich hub plötzlich ein Gesang von offenbar patriotischen Liedern an. So haben wir uns die Zeiten des Hambacher Festes und den Zug der Burschenschaften zur Wartburg bei Eisenach immer vorgestellt. Die Lieder waren einfach ein Ausdruck der Lebensfreude und des Willens, endlich eine andere Zukunft zu gestalten.

Das patriotische Element sollte uns in Tallinn bzw. Reval in noch viel stärkerer Form begegnen. Man sollte sich einen geschlossenen Marktplatz im gotischen Stil der Hansezeit vorstellen. Ein Rathaus mit Zinnen am Dachbeginn, an jedem Zinnenzwischenraum stand ein Fackelträger. Die Fenster aller Häuser rings um den Marktplatz waren erleuchtet und es zeigten sich in ihnen Menschen mit Kerzen in der Hand. Auf dem Marktplatz war eine Holzbühne errichtet, auf der die Sänger standen. Vom Marktplatz hinweg führten nur kleine Straßen und Tordurchgänge. Das war die Kulisse für ein Festival der Freiheitsgesänge. Die Polizei war nur mit Zweiergruppen und sehr zurückgezogen am Außenrand des Platzes präsent. Der Platz war von einer dicht gedrängten Menschenmasse ausgefüllt. Als die ersten Lieder erschallten,

lief einem wirklich eine Gänsehaut über den Körper. Wir verstanden zwar nicht die auf estnisch gesungenen Lieder, aber ihre willensstarke Ausstrahlung ließ an ihrem Inhalt keinen Zweifel aufkommen. Es gibt einen mir leider nicht mehr gegenwärtigen Maler, der das Bild „Die Revolution“ gemalt hat, auch mit Fackeln und erleuchteten Fenstern, die mit Menschen besetzt waren. Dieses Geschehen auf dem Marktplatz, der außer den Fackeln und den erleuchteten Fenstern im Dunkel lag, wird uns immer in Erinnerung bleiben. Das war ein Fanal für kommende Ereignisse. Die erhaltenen Symbole dieses revolutionären Aufbruchs hatten wir sicherheitshalber bei der Rückreise im Gepäck versteckt. Das war in der DDR unerwünscht. Selbst die Fahne der alten Estnischen Republik, die wir als Sticker erhalten hatten, galt in der DDR als ein konterrevolutionäres Zeichen. Es war die Zeit, als auch das russische Magazin „Sputnik“ nicht mehr in der DDR erscheinen durfte. Meine Frau und ich halten es für eine Gnade, solch eine Zeitenwende in ihrer Brisanz erleben zu dürfen.

Holm Dietze,  
Uenglingen

Ohne  
Russisch kein  
Geldtausch.

Hafenansicht Tallinn



## Auszüge aus dem „Brief aus Weimar“

Die NEUE ZEIT veröffentlichte am 26.10.1989 den Brief aus Weimar, nachdem dieser schon wochenlang informell unter den CDU-Mitgliedern kursierte. Damit war auch in der CDU das Eis gebrochen und die Erneuerung der Ost-CDU brach sich für jedermann öffentlich sichtbar seine Bahn. Wir veröffentlichen hier einige Auszüge des Briefes „an die Mitglieder und Vorstände der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“:

Die Parteiarbeit ist so zu auszugestalten, dass in ihr der Wille der Mitglieder den unbedingten Vorrang hat.

1. „Als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter der Kirche, die der CDU angehören, wenden wir uns an die Mitglieder und Vorstände der Partei. Wir bitten sie, mit uns zusammen darüber nachzudenken, welchen Beitrag die CDU für die Lösung der akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme leisten kann. Wir sind davon überzeugt, dass die Partei mehr vermag, als sie sich selbst bis jetzt zutraut.“

2. „Vor allem beunruhigt uns, dass das Problem der legalen und illegalen ständigen Ausreise aus der DDR sich in diesem Jahr weiter verschärft hat, anstatt allmählich an Bedeutung zu verlieren. Betrachtet man die Ausreisewilligen nach Alter, Bildungsvoraussetzungen und Beruf, dann zeigt sich, dass nicht der Rand, sondern der Kern unserer Gesellschaft betroffen ist. Unser Land leidet Schaden – je länger, je mehr.“

4. „Darüber hinaus läßt das Bemühen, den Ursachen der Auswanderungsbewegung auf die Spur zu kommen und zu ihrer Beseitigung bzw.

Milderung beizutragen, den Kirchen eine Stellvertreterrolle für die eigentlich verantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte auf [...]“

7. „Wir meinen, auch die CDU in der DDR ist heute herausgefordert, ihre gesellschaftliche Mitverantwortung an den höheren Maßstäben zu messen, welche dem Stand der Entwicklung nach 40 Jahren DDR entsprechen [...]“

10.1. „Die Parteiarbeit ist so zu auszugestalten, dass in ihr der Wille der Mitglieder den unbedingten Vorrang hat. Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gehört nicht zu den spezifischen Traditionen der CDU [...]“

15.3. „Die CDU steht gegenüber der gesamten Gesellschaft in der Pflicht, sich der Situation unseres Landes, wie sie wirklich ist, zu stellen. Im Folgenden benennen wir einige Probleme, die dringend der Lösung bedürfen. Sie stehen beispielhaft für andere, die nicht weniger wichtig sind.“

16. „Förderung der öffentlichen Meinungsbildung – Um die öffentliche Meinungsbildung zu fördern, legen wir Wert darauf, dass dieser unser Brief, der eine Vertiefung der gesellschaftlichen Mitverantwortung der CDU in der DDR zum Ziel hat, möglichst viele Menschen erreicht. Entschieden wenden wir uns gegen das durchsichtige Argument, Offenheit in der Informationsgebung und in der Kommentierung nutze dem Klassenfeind. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Medienpolitik, die auf Verdrängen, Verschweigen und Be-

schönigen setzt, macht ihre eigenen Sachanliegen unglaubwürdiger, verärgert die Menschen und öffnet den Westmedien weite Räume in der publizistischen Landschaft der DDR [...]“

17. „Aus diesem Grunde muss die CDU-Presse vorhandene Ansätze zu einer realistischen Widerspiegelung der gesellschaftlichen Zustände entschlossen weiterführen [...]“

21. „Die Mündigkeit des Bürgers respektieren – Die Vorgänge bei den letzten Kommunalwahlen haben im Problembeereich „Mündigkeit des Bürgers“ die Frage eines zeitgemäßen Wahlverfahrens nachdrücklich stellen lassen. Es ist ein Wahlverfahren anzustreben, das dem erreichten Entwicklungsstand unserer Gesellschaft Rechnung trägt und dem Wählerwillen uneingeschränkt und glaubhaft Ausdruck verleiht. Es spricht für die politische Reife der Bürger, dass viele von ihnen das historisch überholte Verfahren, nach dem die Kommunalwahlen 1989 noch durchgeführt wurden, kritisch angefragt haben und auf Veränderung drängen. Die Wahlfrage hat einen so hohen Stellenwert gewonnen, dass ihre juristische Neuregelung zu jenen Gesetzesvorhaben gehört, die laut DDR-Verfassung in einer umfassenden Volksaussprache zu behandeln sind. Wir bitten die Parteiführung der CDU, ihren Bündnispartnern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Wir halten es für ganz ausgeschlossen, dass die nächsten Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen noch unter den alten

## Auszüge ...

Bedingungen durchgeführt werden.“

23. „Reisefragen den ihnen zukommenden Rang beimessen – Die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen ins Ausland reisen zu können, stellt für die meisten DDR-Bürger einen außerordentlich hohen Wert dar. Der Reisefrage kommt daher bei politischen Entscheidungen eine hohe Priorität zu. Das gilt u. a. auch im Vergleich mit wirtschaftlichen Problemen. Die Bürger müssen die Sicherheit haben, dass vorhandene Reisemöglichkeiten auf jeden Fall erhalten bleiben und dass die Staatsführung beharrlich weitere anstrebt. Der Eindruck ist zu vermeiden, als handele es sich bei den DDR-Bürgern gewährten Reisemöglichkeiten um Zugeständnisse an fremde Regierungen, die entsprechend politisch zu honorieren bzw. rücknehmbar sind.“

28. „Wirtschaftsprobleme offen legen – Für die Ausreiseproblematik, aber auch für das politi-

sche Klima im Lande sind Wirtschaftsfragen von großer Bedeutung. Wir haben den Eindruck, dass die seit Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen wesentlich schneller vorangetrieben werden müssen. Auch sind sie entschlossener an die sich rasch ändernden Bedingungen anzupassen. Das System der Planung darf nicht zur Bürokratisierung der ökonomischen Prozesse führen. Vor allem müssen die Werktätigen ideell wie materiell angeregt werden, sachkundig, kreativ und einsatzbereit mitzuwirken.“

29. „Voraussetzung dafür ist, dass die Probleme der Wirtschaft unbeschönigt offen gelegt werden. Bisher machen die Bürger nur zu oft die Erfahrung, dass die öffentliche Darstellung der wirtschaftlichen Erfolge mit ihrer eigenen Wirklichkeit als Produzenten und Konsumenten von Waren und Dienstleistungen nicht übereinstimmt [...]“

30. „Wir bitten alle Uni-

Fortsetzung von Seite 4

onsfreundinnen und Unionsfreunde unsere Vorschläge zu prüfen, sie im Kreise der Mitglieder und Parteigremien zu diskutieren und sie gegebenenfalls in ihren jeweiligen parteilichen und gesellschaftlichen Wirkungsbereichen zu unterstützen.“

Weimar, den 10. September 1989

Der Brief ist unterzeichnet von

Martina Huhn,  
Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR  
Hopfgarten;

Martin Kirchner,  
Oberkirchenrat,  
Eisenach;

Christine Lieberknecht,  
Pastorin,  
Ramsla;

Dr. Gottfried Müller,  
Kirchenrat,  
Weimar.

...  
Der Reisefrage kommt daher bei politischen Entscheidungen eine hohe Priorität zu. ...



Rathaus Weimar um 1850

## Lotto-Mittel sind feste Stütze für historische Gemäuer



Übergabe von Fördermitteln an Vertreter der Mönchskirche in Salzwedel

„Der Förderverein Barock-Kirche Karow e.V. und die Kirchengemeinde sind sehr glücklich und dankbar, dass Ihre Gesellschaft unseren Kampf um die Erhaltung unserer schönen Barock-Kirche mit einer sehr großzügigen Spende von 39.000 Euro unterstützt...“ Solch spontaner Dank, in diesem Fall sogar in Briefform, erreicht LOTTO Sachsen-Anhalt immer wieder einmal und bestätigt Geschäftsführung und Mitarbeiter darin, dass die breit angelegte gemeinnützige Förderung aus einem festen Teil der Spieleinnahmen im wahren Sinne des Wortes gut ankommt. Seit Beginn der 1990er Jahre sind mehr als eintausend Lottoschecks ausgestellt worden, die Kirchen in Sachsen-Anhalt vor dem Verfall gerettet haben.

Die meisten Kirchen in Sachsen-Anhalt stehen unter Denkmalschutz. Wer sagt: Je älter, desto wertvoller, der muss leider hinzufügen: Und auch desto sanierungsbedürftiger. Wo über Jahrzehnte hinweg Regenwasser durch ein undichtes Dach oder kaputte Fenster tropfte, konnten Schäden für Gebälk und Mauerwerk gar nicht ausbleiben. Und so muss die Hälfte der Gotteshäuser mehr oder minder dringend instand gesetzt werden. Doch um das Geld dafür zusammen zu bekommen, müssen die Kirchengemeinden viele Geldquellen auf tun. Die Spenden der Kirchgänger reichen bei weitem nicht aus, öffentliches Geld ist

knapp und „reiche“ Unternehmen als Sponsoren sind in Ostdeutschland eher selten.

Auf die Förderung von LOTTO Sachsen-Anhalt können die Kirchen im Lande aber fest bauen. Gut 22 Prozent des Lottogeldes, das für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt wird - auch für Kultur und Sport, soziale Projekte, Umweltschutz - geht in die kirchliche Denkmalpflege, immer gebunden an konkrete Vorhaben. Nutznießer sind keineswegs nur die Dome und



Kirche Klieken

die bekannten großen Kirchen, mit denen sich Förderung werbewirksam vermarkten ließe. Nein, die Mehrzahl der Lottoschecks wird für die kleinen Gotteshäuser zwischen Arendsee und Zeitz ausgestellt. Antragsteller ist meist die örtliche Kirchengemeinde oder einer der etwa 150 Kirchenfördervereine in der Kirchenprovinz, deren ehrenamtliches Mühen für ihre Kirche finanziell an Grenzen stößt. Schäden am Bauwerk erweisen sich nicht selten als zu gravierend, als dass sie ausschließlich mit eigener Muskelkraft und aus Spenden behoben werden könnten. Oft geht es um ein neues

Dach und die schrittweise Sanierung des Gebäudes, aber mitunter ist der Verfall des Mauerwerks schon so weit fortgeschritten, dass unmittelbar Gefahr im Verzug ist. So drohte dem Turm an der Kirche Pißdorf bei Osternienburg ohne sofortige Gegenmaßnahmen der Einsturz, und in der Reupziger Kirche musste der starke Schwammbefall im Gemäuer umgehend gestoppt werden. In der Förderstedter Kirche St. Petrus bedurfte die Glockenstuhlanlage wegen erheblicher Schäden im Gebälk dringend der Erneuerung.

Anderenorts hilft LOTTO, dass die Gemeinde ihr Gotteshaus auch im Winter nutzen kann oder dass die Kirche wieder ihre musikalische Stimme erhält: Zum Beispiel in Sargstedt in St. Stephani und in der Bergkirche St. Bartholomäus in Blankenburg wurde im Vorjahr die Orgelrestaurierung aus Lottogeldern gefördert.

Die Kirchengemeinde Schönhausen wiederum möchte ihren Kirchenaltar restaurieren, die Liebfrauentempel in Halberstadt die mittelalterlichen Chorschrankenfiguren. All das sind Beispiele für die Verwendung der insgesamt rund 30 Millionen Euro, mit denen LOTTO Sachsen-Anhalt in knapp zwei Jahrzehnten unmittelbar zur kirchlichen Denkmalpflege beitragen konnte. Vom gelungenen Einsatz der Förderung kann sich die Lottogesellschaft in

Spieleinnahmen  
kommen über  
die  
Denkmalschutz-  
förderung einer  
breiten  
Öffentlichkeit  
zugute.

## Lotto-Mittel ...

Fortsetzung von Seite 6

vielen Fällen selbst überzeugen, weil ihre Vertreter oft zur feierlichen Fertigstellung eingeladen werden.

„LOTTO Sachsen-Anhalt hat sich die Rettung bedrohter Sakralbauten im Land zur dauerhaften Aufgabe gemacht“, versichert Lottogeschäftsführer Wolfgang Angenendt: „Kirchen sind nicht nur ein schützenswertes Denkmal, sondern auch ein Kulturgut und Wahrzeichen unserer Städte und Gemeinden. Durch die öffentliche Wahrnehmung und durch die Menschen, die sie nutzen, werden sie lebendig erhalten und unterstützen das Heimatgefühl der hier Lebenden.“

Weil Kirchen vor allem im ländlichen Raum heute der wichtigste oder mitunter einzige Treffpunkt für die Einwohner der Gemeinden geworden sind, haben die Erhaltungs-

maßnahmen auch eine soziale Bedeutung. In sich entleerenden Regionen können sie ein Anker sein, damit nicht die gesamte Dorfstruktur verschwindet.

Allein im vergangenen Jahr hat LOTTO 70 Baumaßnahmen an Kirchen in Sachsen-Anhalt mit fast 1,3 Millionen unterstützt.

Zu dieser direkten, unmittelbar im Bundesland wirkenden Lottoförderung kommt noch die finanzielle Begleitung des bundesweiten Denkmalschutzes aus der Lotterie GlücksSpirale hinzu. Aus der gemeinsamen Rentenlotterie der 16 Lottogesellschaften wird ein so genannter Zweckertrag für das Gemeinwohl bereitgestellt, einer der drei bundesweiten Empfänger ist die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Mit diesem Geld - allein

im Jahr 2008 erhielt die Stiftung mehr als 14 Millionen Euro – kann sie den Erhalt weltlicher und sakraler Baudenkmäler in ganz Deutschland unterstützen. In Sachsen-Anhalt bekamen in den vergangenen Jahren unter anderem die Stiftskirche auf dem Petersberg bei Halle und die Kirche in Altenweddingen Fördermittel aus der GlücksSpirale.

Lottospieler hoffen beim „Tippen“ natürlich in erster Linie auf einen möglichst großen persönlichen Gewinn. Aber auch wenn es damit nicht klappt, kann das gute Gefühl bleiben, dass man mit seinem Lottoschein etwas für das Gemeinwohl im Land, in seinem Heimatort tut.

Ute Semkat

Auf die Förderung von LOTTO Sachsen-Anhalt können die Kirchen im Lande aber fest bauen.



Kirche Karow

## In der Welt, aber nicht von der Welt



Lucas Wehner,  
CDU Halle (Saale)

Ich bekehrte mich, wuchs in meinem Glauben an Gott und engagierte mich mehr für die Gesellschaft.

„Heimaturlaub in Deutschland“ ist schon ein komischer Ausdruck, doch für mich ist die Verwendung dieser Wörter seit zwei Jahren zum Standard geworden. Seit zwei Jahren wohne ich nun schon den größten Teil des Jahres unter Palmen und südkalifornischer Sonne, wo ich studiere. Trotz des Lebens im Ausland fühle ich mich aber noch als Sachsen-Anhalter und bin darin bestrebt, mein Heimatland mitzugestalten. Die Grundsätze zur Mitgestaltung heißen dabei für mich Lernen und Glauben.

Im Sommer 2004, als ich noch ein überzeugter Atheist war, ging ich für 10 Monate in die USA, um dort in einer 11. Klasse in der Foothill High School Pleasanton, Kalifornien zu lernen. Zudem wollte ich dort das Familienleben meiner Gastfamilie, den Knappes, besser kennen lernen, welche ich ja schon Anfang 2004 bei einem Schüleraustausch meiner damaligen hallenschen Schule, dem Torgymnasium kennen lernte. Mit meinen damaligen 16 Jahren wollte ich mehr vom Leben erfahren und die Welt kennen lernen. Meine Lebenserfahrung machte ich und mit diesen Erfahrungen lernte ich schließlich auch Jesus Christus kennen, da mir meine Gastfamilie von ihm erzählte.

Ich bekehrte mich, wuchs in meinem Glauben an Gott und engagierte mich mehr für die Gesellschaft. Zuhause in Halle, Sachsen-Anhalt vollendete ich 2007 mein Abitur und mittlerweile war ich dann auch Mitglied in verschiedenen gemeinnützigen Ver-

einen wie „Lachen Helfen e.V.“ – Privatinitiative deutscher Soldaten und Polizisten zur Hilfe für Kinder in Kriegs- und Krisengebieten“, „Halle International e.V.“ und „Entschieden für Christus e.V.“.

Mit meinem Engagement will ich seitdem ein Beispiel für meine Generation in diesem Teil der Welt sein und ihnen auch Hoffnung geben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Deshalb organisierte ich auch im Mai 2007 die Messe „Bildung im Ausland“ in Halle, um mehr Jugendliche dazu zu bewegen, Erfahrungen, Wissen und Kontakte in einem anderen Land zu sammeln, um dann später in unserem Land positiv mitzuwirken.

Mich selbst berührte das Thema „Bildung im Ausland“ noch einmal in einer ganz anderen Weise, da mir mein amerikanischer Gastopa nach meinem abgeschlossenen Abitur anbot, an einer christlichen Privatuniversität in den USA zu studieren und mir dort alle Kosten zu bezahlen. So studiere ich seit Herbst 2007 an der California Baptist University in Riverside, Kalifornien im Doppelstudium „Politikwissenschaften“ mit Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik und „Betriebswirtschaft“ mit Schwerpunkt Management.

Dieses Studium bewältige ich nun schon seit 2 Jahren mit einem Durchschnitt von 1,0 und wurde damit dieses Jahr auch als einer der besten Studenten unter 1.900 US-Universitäten gewählt – und das wieder auch als Hallenser

und Kind der neuen Bundesländer Deutschlands. In diesem Studium wird bei all dem Studienstress Gott aber nicht draußen gelassen. Einmal in der Woche gibt es einen Pflichtgottesdienst für alle Studenten und auch Kurse wie „Management basiert auf biblischen Prinzipien“ oder „Christentum und Staatsbürgerschaft“ erweitern den geistlichen Horizont.

Die Erkenntnis über die enge Verknüpfung von Gott und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewegte mich schließlich 2008 auch dazu, in die CDU einzutreten. Dabei ist für mich das „C“ ganz wichtig, denn es ist Gott, der mich seither in neue Umgebungen begleitete. Er war es auch, der mir die Gabe schenkte, als ehrenamtlicher „Westküstenkorrespondent“ für die „Deutschland Nachrichten“, den Newsletter der Deutschen Botschaft Washington, Artikel zu schreiben, so dass ich jetzt auch im Sommer in der Botschaft als Praktikant tätig sein darf.

Des Weiteren bin ich seit 2007 darin involviert, zusammen mit zwei Glaubensbrüdern in Halle einen wertorientierten Buchladen zu gründen, der mehr als nur Buchladen ist, sondern auch ein Zentrum, um über Gott zu reden und Familien als wichtigste Zelle unserer Gesellschaft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. So setze ich gelerntes Wissen aus biblischem Management um, was aber mehr als nur Unternehmensethik, sondern vielmehr Lebensstil ist.

Genau wie „Heimaturlaub“ ist aber

## In der Welt ...

auch „Lebensstil“ ein Wort, welches eine komische Wirkung für mich mit sich bringt, da ich oft in den USA mit einem ganz anderen Leben als in Deutschland konfrontiert bin. Bei der Überwindung von Kulturunterschieden hilft mir

dann der gemeinsame Glauben an Gott, den ich mit den Menschen in Deutschland wie in den USA teilen kann. In beiden Ländern verstehen die Menschen ein „Hallelujah“ und ein „Amen.“

Fortsetzung von Seite 8

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Gottes Segen,

Ihr Lucas Wehner.



Lucas Wehner, CDU Halle (Saale)

In beiden Ländern verstehen die Menschen ein „Hallelujah“ und ein „Amen.“

## Bischof Axel Noack aus Magdeburg verabschiedet

Axel Noack wurde am 07. Juni im Magdeburger Dom nach zwölfjähriger Amtszeit mit einem Festgottesdienst verabschiedet. Mehrere Hundert Gäste nahmen an dem Gottesdienst teil, unter ihnen auch Ministerpräsident Wolfgang Böhmer. Die Predigt hielt Bischof Noack selbst.

Axel Noack wird ab dem Wintersemester 2009/2010 an der Martin-Luther-Universität in Halle/Wittenberg unterrichten. Am Institut für Bibelwissenschaft und Kirchengeschichte wird er eine Dozentur für kirchliche Zeitgeschichte und mitteldeutsche Regionalgeschichte antreten sowie die neue

„Arbeitsstelle für neuere Kirchengeschichte in Mitteldeutschland“ leiten.

Neue Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) wird Ilse Junkermann. Sie wurde von der Landessynode der EKM am 21. März gewählt. Junkermann wird damit die dritte Bischöfin in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Die Einführung in das auf zehn Jahre befristete Bischofsamt wird am 29. August 2009, um 15.00 Uhr, im Dom zu Magdeburg sein.

Ilse Junkermann wurde 1957 in Dörzbach/Jagst geboren. Nach ihrem Studium der Evangelischen Theologie in Tübingen und Göttingen übernahm sie Pfarrstellen in Horb am Neckar und Stuttgart. Ab 1994 war sie als Studienleiterin für Pastoraltheologie und Predigtlehre am Pfarrseminar in Stuttgart-Birkach tätig. Seit 1997 arbeitet Ilse Junkermann im Oberkirchenrat in Stuttgart, wo sie das Dezernat Ausbildung und Personal leitet. Ehrenamtlich engagierte sie sich in den vergangenen Jahren in der Asyl- und Migrantearbeit. Ilse Junkermann ist geschieden und hat einen Sohn.



Ilse Junkermann, designierte Landesbischöfin

## Jugendweihe - Ein Leserbrief von Prof. Huth

In unserem Osterrundbrief veröffentlichten wir Auszüge aus einigen Leserbriefen, die sich mit dem Thema beschäftigten, ob Politiker der CDU auf Jugendweiheveranstaltungen als Festredner auftreten sollten. Heute fügen wir dieser Diskussion einen weiteren Leserbrief von Prof. Dr. med. Christof Huth, Magdeburg bei. Prof. Huth weist darauf hin, dass die historischen Daten größtenteils im Brockhaus nachzuschlagen sind und nicht von ihm direkt recherchiert wurden. Wegen der allgemeinen Verlässlichkeit des Brockhauses haben aber auch wir auf eine weitere Recherche verzichtet.

[...] Eine Diskussion dieses Themas ist unbedingt erforderlich. Leserbriefe muss man kurz halten, wenn man eine Chance für eine Veröffentlichung sucht. Deshalb fehlen darin und auch in dem Brief an Sie wesentliche Gedanken, die für eine gründliche Diskussion erforderlich sind.

In meiner wissenschaftlichen Arbeit habe ich gelernt, dass nach Formulierung der Fragestellung am Ist-Zustand Grundlagenforschung sowie das

Aufspüren und Studieren von Quellen unabdingbare Basis für glaubwürdige Aussagen sind. Der Ist-Zustand wurde in der Überschrift der Volksstimme „Jeder zweite Jugendliche nimmt an der Jugendweihe teil“ treffend formuliert. Für mich ergeben sich daraus wenigstens 4 Fragen:

1. Warum ist das so?
2. Was war Jugendweihe in ihrer Geschichte?
3. Was ist und was will Jugendweihe heute?
4. Muss ich, müssen wir diesen Tatbestand unterstützen und fördern?

Als Vorbemerkung möchte ich zunächst festhalten, dass ich keinem Jugendlichen und auch deren Eltern heute und auch in der Vergangenheit vorwerfe, dass sie sich für die Jugendweihe entschieden haben. Beide, Jugendliche und Eltern, müssen sich aber die Frage gefallen lassen, wofür sie sich damals und heute entschieden haben. Die häufigsten Antworten darauf, die ich auch bei meinen Mitarbeitern bekomme, die selbst zur Jugendweihe gegangen sind und jetzt ihre Kinder dahin schicken, sind, dass man ja zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung eines Kindes ein Fest feiern sollte und Geschenke fällig sind, oder dass alle (oder viele) das so machen usw. Diese Argumente sind inhaltslos und damit fragwürdig und damit zu den Fragen.

Warum ist das so? Die Diskussion über die Jugendweihe ist ein spezifisches Problem in den neuen Bundesländern, weil dort eben nicht an

die Traditionen des 19. Jahrhunderts sondern an die Gegebenheiten in der ehemaligen DDR anknüpft, diese aber ausspart und verdrängt. Es wird außer Acht gelassen, dass nachdem die SED bereits 1948 noch anknüpfend an die Tradition der in der Weimarer Republik (1918-1933) von KPD und SPD eingeführten proletarischen Jugendweihe eine Gleichschaltung mit der viel älteren freireligiösen Jugendweihe versuchte und damit scheiterte. So wurde die Jugendweihe von der SED 1950 zunächst abgeschafft. Mit der Bildung eines staatlichen, parteigesteuerten „Zentralausschusses für Jugendweihe“ schaffte sich die SED dann 1954 ein Instrument restriktiver Kirchenpolitik bewusst im Gegensatz zur zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Konfirmation in der überwiegend protestantischen DDR für die Jugendlichen am Ende des damals üblichen 8-jährigen Grundschulbesuchs. Nur durch massiven Druck auf Eltern und Kinder konnte die zunächst spärliche Teilnahme auf bis zu 97 Prozent ausgeweitet werden. In der Vorbereitung auf die Jugendweihe wurde bewusst auf eine Erziehung zum dialektischen Materialismus als Weltanschauung hingearbeitet und schließlich seit den 60ziger Jahren auch ein Gelöbnis zu dieser Weltanschauung und zur Diktatur des Proletariats abverlangt. Verschwiegen wird von den Befürwortern der Jugendweihe, dass ein Bekenntnis zu einem Glauben an einen Gott und das Gelöbnis zu einer materialistischen Weltanschauung nicht vereinbar sind. Dem von der SED gesteuerten Zentralausschuss

Beide, Jugendliche und Eltern, müssen sich aber die Frage gefallen lassen, wofür sie sich damals und heute entschieden haben.

Festakt einer Jugendweihe im März 1989 in Berlin-Lichtenberg



## Jugendweihe - Ein Leserbrief ...

und dem Staat war diese Zwiespältigkeit nicht nur egal, sondern lieferte Argumente zur ideologischen Erpressung. Die Kirche wiederum war, um Zweifelsfreiheit der Entscheidung zu einem christlichen Glauben in dieser Situation zu erreichen, gezwungen, bei einer Entscheidung der Eltern und Kinder zur Jugendweihe vor oder nach der Konfirmation bestimmte Regeln wie zum Beispiel die längerfristige Teilnahme an der Jugendarbeit einzuführen. Parallel dazu verstärkten die staatlichen Institutionen der DDR die restriktive kirchenfeindliche Politik. War in den frühen 50ziger Jahren noch ein Religions- und Konfirmandenunterricht in den Schulen möglich, was ich selbst noch erlebt habe, so wurde das bald verboten. Der von den Kirchen dann in Räumen der Kirche angebotene Unterricht wurde bewusst behindert, indem genau parallel dazu außerschulische Konkurrenzveranstaltungen besonders der Pionierorganisation und von Sportvereinen angeboten wurden. Besuche des Religionsunterrichts wurden in der Schule kritisch beurteilt und brachten die Kinder in Schwierigkeiten, denen diese und auch deren Eltern lieber aus dem Wege gingen. Gerade diese antireligiöse, antikirchliche und antichristliche Zielrichtung der Veranstaltung selbst und deren Vorbereitung zur Durchsetzung einer dialektischen materialistischen Weltanschauung, schließlich sogar mit Gelöbnis und Schwur auf diese Weltanschauung und die Diktatur des Proletariats und dessen Staat in Schule und Gesellschaft verbunden mit zunehmendem Druck

unter Androhung und auch Umsetzung von negativen Folgen für die Entwicklung des Kindes und der Eltern veranlasste viele Eltern, sich dafür zu entscheiden und sich von der Kirche zu verabschieden. So wurde die erste Generation von der Kirche entfremdet, deren Kinder wurden schon gar nicht mehr getauft und inzwischen haben wir es mit der 3. Generation kirchen- und glaubensfremder Menschen zu tun, die überwiegend keinen Kontakt mehr zur Kirche hat. Der Zeitpunkt des 14. Lebensjahrs ist nicht der Übergang zum Erwachsensein, sondern der anfängliche Bezug



DDR-Briefmarke:  
5 Jahre Jugendweihe

zum Schulabschluss der Grundschule nach 8 Jahren. Danach gingen die Klassenverbände auseinander und ein großer Teil begann seine Berufsausbildung und ein anderer Teil ging zur Mittel- und zur Oberschule. Warum blieb dieser Bezug zum 14. Lebensjahr in der DDR erhalten, nachdem das Schulsystem mit der polytechnischen Oberschule für die allermeisten Schüler erst mit der 10. Klasse endete und die erweiterte Oberschule sich daran anschloss. Die Jugendweihe blieb mit diesem Termin bewusst die Konkurrenzveranstal-

Fortsetzung von Seite 11

tung zur Konfirmation. Natürlich hätten auch die protestantischen Kirchen ihren Konfirmationstermin verschieben können.

Was war Jugendweihe in ihrer Geschichte? Die Jugendweihe hat ihre Wurzeln beim Deutschkatholizismus und bei den protestantischen Freunden oder auch Lichtfreunden im 19. Jahrhundert und ist als institutionalisierte Veranstaltung eine typisch deutsche und auf Deutschland beschränkte Erscheinung. Der Deutschkatholizismus geht auf den Johann Ronge (\*1813, †1887), der 1844 in Schlesien eine nationalkirchliche rationalistische Bewegung gründete, der 1845 Johann Czerski (\*1813, †1893) mit seiner christlich apostolischen Gemeinde beitrug. Sie verwarfen die kirchliche Hierarchie, das päpstliche Primat, äußere Formen der katholischen Frömmigkeit (Heiligen- und Bilderverehrung) sowie Dogmen und erkannten nur die rationalistisch gedeutete Heilige Schrift als Glaubensgrundlage an. Johann Ronge wurde deshalb 1844 exkommuniziert und man erkennt Parallelen zur Diskussion um die Piusbruderschaft heute. Auf protestantischer Seite entstanden im Zuge des Einflusses von Rationalismus und Aufklärung etwa zur gleichen Zeit die Lichtfreunde. Eine der Gründer ist Leberecht Uhlich (\*1799, †1871), der 1841 in Gnadau bei Schönebeck, also in unserer Nähe, einen Verein protestantischer Freunde gründete, dem liberale Pfarrer, Lehrer und Professoren angehörten. Ähnliche Vereine und Gemeinden bildeten sich in Königsberg

Was war  
Jugendweihe  
in ihrer  
Geschichte?

## Jugendweihe - Ein Leserbrief von Prof. Huth



Weltall Erde Mensch

Was ist und  
was will  
Jugendweihe  
heute?

unter Julius Rupp 1846 und in Magdeburg unter Eduard Wilhelm Baltzer 1847. Sie wandten sich gegen Orthodoxie und Erweckungsbewegungen, setzten sich für eine freie Forschung, protestantische Glaubensfreiheit, eine vernunft- und zeitgemäße Verkündigung ein und wandten sich gegen eine kirchliche Bevormundung. Das führte zu Amtsenthebungen oder verweigerter Amtseinführung der Pastoren Gustav Adolf Wislicenus (\*1803, †1875), Julius Rupp (\*1809, †1884) und Eduard Wilhelm Baltzer (\*1814, †1871), der immerhin 1851 Kindergärten in Preußen und 1867 den ersten deutschen Vegetarierversen gründete. Deutschkatholiken und Lichtfreunde schlossen sich dann 1859 zum Bund Freireligiöser Gemeinden zusammen. Die von diesem Bund praktizierte Jugendweihe wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst vom deutschen Freidenkerverband und vom Monistenbund und in der Weimarer Republik (1918-1933) von den Jugendverbänden der KPD und SPD als „proletarische Jugendweihe“ übernommen. Die Nationalsozialisten verboten diese Jugendweihereformen zunächst und versuchten später, eine eigene Jugendweihe als „Schulentlassungs-“, oder „Lebenswendefeiern“ mit wenig Erfolg zu etablieren. Ab 1940 wurde sie als Aufnahmefeier der 14-jährigen in HJ und BDM mit Urkunde und „Verpflichtung der Jugend“ auf Führer und NS-Staat indoktrinärer Politik dieses Staates. Nach dem 2. Weltkrieg gab es vereinzelte Gruppierungen Freireligiöser und Freidenker, die an

die Tradition des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen versuchten.

Was ist und was will Jugendweihe heute? Leider ist weder in den Berichten in der Presse und in den Berichten von Eltern, die mir zugänglich sind, wesentliches inhaltliches nicht zu erfahren außer der bereits geschilderten Situation, dass man ja zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung eines Kindes ein Fest feiern sollte und Geschenke fällig sind, oder dass alle (oder viele) das so machen usw. Auch aus der mir vorliegenden geplanten Ansprache des CDU-Landtagsabgeordneten geht nichts anderes hervor. Das 14. Lebensjahr ist nicht der Übergang ins Erwachsenenalter. Über den Zeitpunkt des Erwachsenseins streiten sich die Gelehrten und die Politiker. Aktives und passives Wahlrecht, strafrechtliche Verantwortlichkeit und Wehrdienst orientieren sich zum Beispiel an anderen Alterspunkten. Der Zeitpunkt der Jugendweihe kollidiert auch heute mit unserem Schulsystem mit dem Hauptschulabschluss nach 9 oder 10 Klassen und zeigt nur eine Konfrontation mit der Konfirmation. Warum macht man das und warum nimmt man nicht den Schulabschluss?

Muss ich, müssen wir diesen Tatbestand unterstützen und fördern? Nein! Als Christen können wir die Jugendweihe in der heutigen Form nicht unterstützen, da eine Anknüpfung an ihre frühen Formen freireligiösen Denkens nicht erkennbar ist. Die inhaltslose Ausrichtung auf rein materialistische

Formen einer bloßen Feier mit neuer Kleidung und Geschenken (vom hoffentlich ersten großen Besäufnis mit 14 Jahren möchte ich gar nicht sprechen) ist inakzeptabel und die Ansprache von Herrn Kurze beschwichtigende Makulatur.

Nun zur Ansprache von Herrn Kurze. Das Kindesalter ist nicht einheitlich mit dem 14. Geburtstag, den man durchaus feiern darf, zu Ende. Das müsste er als Politiker eigentlich wissen. Wenn das Kindesalter zu Ende wäre, ist allein schon die Anrede „liebe Mädchen, liebe Jungen“ problematisch, denn vor ihm sitzen dann junge Frauen und Männer. Wenn an dieser Stelle überhaupt von einem Übergang gesprochen werden kann, dann ist es der Übergang vom Kind zum Jugendlichen in eine Phase der Selbstfindung, des Hinterfragens der Eltern, der Umgebung, der Gesellschaft, der Suche nach eigenen Zielen und Wegen, in der auch der Begriff der Pubertät zu wenig beschreibt. Herr Kurze redet von Regeln und Normen sowie von Pflichten und beansprucht dafür Jean-Jacques Rousseau's Satz: Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern darin, dass er nicht tun muss, was er nicht will.“ Vorher hatte er aber behauptet, dass der Schwur auf den Staat, den er damals geleistet hat, für ihn untergeordnet war, und versteckt sich mit dem Nebensatz „den wir alle leisten mussten“ feige in der Masse. Warum hat er nicht getan, was er nicht wollte und erklärt das den

## Jugendweihe - Ein Leserbrief ...

Fortsetzung von Seite 12

Jugendlichen und ihren Eltern? Plattitüden wie „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder „Wissen ist Macht“ und „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ oder gar „Alle Türen stehen offen“ widerlegt er teilweise mit seiner eigenen Geschichte. „Abnabelung“ ist sicher in dieser Lebensphase so wichtig wie „Fleiß und Engagement“ und auch „Vertrauen“. Wichtiger ist aber der Rückhalt in der Familie, im Freundeskreis, später auch bei Mitarbeitern im Unternehmen, in Vereinen oder gar Parteien und vielleicht auch in einer christlichen Gemeinde und das fehlt in seiner Ansprache völlig. Wenn er meint, mit seinem Bezug zu christlichen Werten im vorletzten Absatz genug für das C im Namen der Partei gesagt zu haben, für die er von christlichen Wählern das Mandat erhalten hat, dann irrt er. Zu christlichen Werten werden Liebe, Treue, Vernunft,

Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, Toleranz und ein reines Gewissen erst durch einen persönlichen Glaubensbezug, der von Herrn Kurze weder für sich noch für die von ihm Angesprochenen erwähnt wird.

So wie man das Zitat von Rousseau in jedem besseren Lexikon und heute noch leichter im Internet finden kann, kann man die von mir gemachten Bemerkungen zur Jugendweihe und ihrer Tradition leicht auch dort finden. Da ich Bücher bevorzuge, beziehe ich mich auf den 30bändigen Brockhaus Ausgabe 1996. Ich habe nichts dagegen, dass Herr Kurze aus seiner persönlichen Geschichte heraus bei einer Jugendweihefeier als Redner auftritt. Ein Bezug zu seinem Mandat als Mandatsträger einer christlichen Partei darf aber nicht stattfinden. Ein Bezug zu einem auch von allen Kirchen unabhängigen Christentum

ist im Manuskript seiner Rede nicht erkennbar. Ich weiß, dass wir sowohl an seinem Auftreten als auch an seiner Ansprache nichts ändern können. Beides macht es mir aber schwer, Verstehen und anderen zu vermitteln, dass Herr Kurze weiterhin für ein Direktmandat oder einen aussichtreichen Listenplatz einer Christlich Demokratisch Union ein geeigneter Kandidat ist. Man konnte sich in der DDR besonders mit Unterstützung der Eltern gegen die Vereinnahmung durch den Staat wehren und ich habe die persönliche Erfahrung gemacht, dass sogar einem Ausreis Antrag stattgegeben wurde. Sicher gehörte dazu auch viel Glück.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. med. Christof Huth

Zu christlichen Werten werden Liebe, Treue, Vernunft, Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, Toleranz und ein reines Gewissen erst durch einen persönlichen Glaubensbezug, [...] .



## Hinweis

Liebe Freunde des EAK!

In Zeiten der modernen Kommunikation, möchten auch wir einfacher und schneller mit Ihnen in Kontakt treten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns Ihre E-Mail Adresse (per E-Mail oder über ein kurzes Telefonat) mitteilen würden, damit wir Ihnen den Rundbrief zukünftig per E-Mail zusenden können. Natürlich können Sie diesen jederzeit abbestellen oder auch weiterhin als gedrucktes Dokument erhalten.

Die Redaktion

## EAK-Landesvorstand besucht Landesausstellung „Fundsache Luther“



Luthers Eltern, Hans und Margarethe Luther von Lucas Cranach d.Ä

Wir glauben,  
über Martin  
Luther  
einigermaßen  
bescheid zu  
wissen.

Mitglieder des Landesvorstandes des EAK mit dem Vorsitzenden Jürgen Scharf trafen sich zu einem etwas anderen Termin: einer Sonderführung durch einen der Koordinatoren der Ausstellung „Fundsache Luther“ im Landesmuseum Halle (Saale). Viel ist über die gefundenen Abfälle bei bekannten Lutherstätten berichtet worden, ja von Sensationen wurde gesprochen. Nach jahrelanger Auswertung und akribischer Kleinarbeit war das Material „ausstellungsfähig“ und, um es vorwegzunehmen, es ist eine gelungene Ausstellung gestaltet worden. Hervorragend präsentiert, gekonnt gegliedert, anschaulich erläutert, kurz: äußerst informativ und sehenswert. Da die Ausstellung inzwischen geschlossen ist, soll der folgend geschilderte Eindruck wenigstens etwas davon denen vermitteln, die sie nicht sehen konnten.

Wir glauben, über Martin Luther einigermaßen Bescheid zu wissen. Schriftliche Zeugnisse gibt es schließlich genug. Von ihm selbst verfasst oder von Zeitgenossen notiert, von auswertendem Schrifttum der Jahrhunderte danach ganz zu schweigen. Tatsachen und Legenden gehen allerdings miteinander ineinander über.

Nun können Archäologen mit ihren Funden Authentisches zum Alltagsleben der Familie Luther/Luder (so schrieb sich noch sein Vater) sagen. Die Funde, in Etappen zwischen 2003 und 2008 in Beziehung zu Lutherstätten in Eisleben, Mansfeld und Wittenberg gemacht, waren erst einmal einfach

Abfälle aus der Zeit, ließen sich aber tatsächlich Luther und seinen Eltern zuordnen. Das ist die eigentliche Sensation. Interessant auch die Erläuterungen, wie bei der Auswertung vorgegangen wurde, um aus Bruchstücken (es handelte sich um weggeworfene Abfälle, die 500 Jahre unberührt gelegen hatten!) bemerkenswerte Details heraus zu kristallisieren: Die gehobene Esskultur im Elternhaus Martin Luthers anhand der Auswertung der Knochen, Gräten, Scherben, Samenresten oder wie aus wertvolleren Resten von Kleidungszierrat und erhitzten Münzen auf „Desinfektion“ in Zusammenhang mit Pest geschlossen wurde, seien als zwei Beispiele benannt.



Luthers Vater kann als wohlhabend und einflussreich betrachtet werden. Er war mit einer Patrizier-tochter aus Eisenach verheiratet. Entsprechend war Martin Luthers Ausbildung und Leben geplant: Jurastudium, Mitwirkung im väterlichen Betrieb und einflussreiche Heirat. Bekanntermaßen kam es anders. Über das Alltagsleben des Professors und Reformators geben die Funde in Wittenberg ebenso Auskunft wie über die Veränderungen nach seiner Heirat mit

Katharina von Bora.

Bereichert wird die Ausstellung auch durch zahlreiche Leihgaben aus verschiedenen Sammlungen, teilweise aus Privatbesitz, ein Blick auf die Hinweise bei den Beschreibungen lohnt wirklich.

Der letzte Raum ist mit „Zeichen der Verehrung“ zutreffend gekennzeichnet und lässt ahnen, wie schnell etwas entstand, was Martin Luther nie wollte: er wollte kein Heiliger sein und nicht entsprechend geehrt werden. Der Ausklang, buchstäblich das letzte Ausstellungsstück, ist offensichtlich authentisch. Aber sicher ist es auch das Augenzwinkern der Ausstellungsgestalter, um von Verehrung wieder zum Menschen Martin Luther zurück zu kommen: Ein aufgeklebter Floh, gefunden in Luthers Kollegienheft zwischen den Seiten mit Datum 5. April 1525. Hat er nun den großen Reformator selbst gepiesackt oder einen späteren Studenten oder Archivar, der sich mit dem Kollegienheft befassen sollte?

Karl-Martin Kuntze  
Mitglied des Landesvorstandes EAK

## Körperschaftsrechte für Jehovas Zeugen – Gründe, Fakten, Folgen Eine rechtliche, keine theologische Beleuchtung

In Deutschland herrscht Religionsfreiheit. Jeder kann tatsächlich nach seiner Façon selig werden, ein weit in die Zukunft voraus weisender Satz Friedrichs des Großen, der damals nur eingeschränkt tatsächlich galt. Der Staat hat im Rahmen der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung keine Bewertung des Glaubens seiner Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen, seien sie Christen, Muslime oder Juden, Mitglieder sog. Sondergemeinschaften oder areligiös, soweit sich diese im recht weiten Rahmen des Grundgesetzes und der allgemeinen Gesetze bewegen und die Freiheitsrechte auch anderer respektieren.

Aus der christlich-abendländischen Rechtsentwicklung in Deutschland über die Jahrhunderte hat sich für eine Reihe gesellschaftlich stärker relevanter und strukturell fundierter Religionsgemeinschaften das Rechtsinstitut der Körperschaft des öffentlichen Rechts – im Folgenden KdöR – entwickelt. Dieses verfassungsrechtlich abgesicherte Rechtsinstitut gewährt solchen Religionsgemeinschaften gewisse rechtliche und administrative Privilegien, z. B. das Recht, Kirchensteuer zu erheben, kirchliche Stiftungen öffentlichen Rechts zu errichten oder Friedhöfe zu errichten und zu betreiben. Manche Religionsgemeinschaften haben diese Rechte seit alters her, was dann erstmals in der Weimarer Reichsverfassung 1919 fixiert wurde und bis heute gilt. Hierzu gehören z. B. die katholischen Bistümer ebenso wie die

evangelischen Landeskirchen, ihre Zusammenschlüsse und Untergliederungen. Anderen Religionsgemeinschaften kann der Status einer KdöR verliehen werden. Diese Verleihungen sind Ländersache. In Sachsen-Anhalt ist hierfür das Kultusministerium zuständig.

Neben den beiden großen Kirchen haben so den Status einer KdöR in ganz Deutschland oder teilweise in den Ländern z. B. u. a. die Altkatholische Kirche, die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche, die jüdischen Gemeinden, evangelische Freikirchen, die Adventisten oder auch die Neuapostolische Kirche. Die Verleihungen variieren von Land zu Land.



Die Religionsgemeinschaft Jehovas Zeugen – im Folgenden JZ - wurde 1881 gegründet und ist schon sehr lange in Deutschland tätig, war bis in die dreißiger Jahre auch unter der Bezeichnung „Bibelforscher“ bekannt. Diese Religionsgemeinschaft wurde explizit durch die Nationalsozialisten verfolgt. Der breiteren Öffentlichkeit sind JZ heute durch die Zeitschriften „Der Wachturm“ und „Erwachtet“ sowie durch die Praxis des Vorstellens an der Haustür bekannt. JZ stellten 1991 beim Land Berlin einen Antrag auf Verleihung

des Rechtsstatus einer KdöR. Dieses kam seinerzeit etwas überraschend, da bis dahin JZ als recht staatsfern galten und auch entsprechende Glaubenssätze vertraten. Das Land Berlin war skeptisch, insbesondere mit Blick auf das Verhalten der Mitglieder von JZ, die ihre Kinder in der Schule von Oster- und Weihnachtsbräuchen, Geburtstagsfeiern in der Klasse, aber auch von der Nationalhymne fernhalten. Des Weiteren erscheint die Ablehnung von Bluttransfusionen aus religiösen Gründen zumindest Kindern gegenüber als fragwürdig, ebenso Vorstellungen von einem Züchtigungsrecht. Interreligiöser Dialog ist nicht erwünscht. Schließlich wurde die strenge Trennung von Familienangehörigen, die nicht oder nicht mehr JZ angehören, als problematisch angesehen. Aussteigerorganisationen äußerten sich warnend.

Die formalen Kriterien einer KdöR hinsichtlich Größe, Alter, Struktur, finanzielle Absicherung und Stabilität erfüllten JZ ohne größere Probleme. Über Glaubensinhalte als solche steht dem Staat grundsätzlich kein Urteil zu. Aus den o. g. Gründen lehnte das Land Berlin den Antrag ab. Dieses führte zu einer fünfzehn Jahre andauernden rechtlichen Auseinandersetzung, während der Fall schließlich u. a. vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin, dem Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wurde.

Das Bundesverfassungsgericht verlangte in seiner Entscheidung von

Das Bundesverfassungsgericht verlangte in seiner Entscheidung von einer Religionsgemeinschaft, die KdöR werden will, eine grundsätzliche Rechtstreue und eine Anerkennung grundlegender Prinzipien unseres Grundgesetzes, jedoch keine darüber hinausgehende Loyalität zum Staat.

## Körperschaftsrechte ...

Fortsetzung von Seite 15



Darstellung eines  
Bibelkurses

einer Religionsgemeinschaft, die KdöR werden will, eine grundsätzliche Rechtstreue und eine Anerkennung grundlegender Prinzipien unseres Grundgesetzes, jedoch keine darüber hinausgehende Loyalität zum Staat. Das dann abschließend inhaltlich entscheidende OVG Berlin sah diese Anforderungen schließlich bei JZ grundsätzlich gewährleistet, was auch durch Einzelfälle nicht infrage gestellt wird. Auch werde der Kinderschutz z. B. bei Transfusionen durch entsprechende rechtliche Verfahren gewährleistet.

In letzter Konsequenz und Instanz verlor also das Land Berlin den Rechtsstreit mit JZ. Berlin verlieh als Ergebnis im Jahre 2006 JZ den Status einer KdöR, was grundsätzlich für ganz Deutschland gilt. Finanzielle Staatsleistungen sind mit dem Körperschaftsstatus allein nicht verbunden.

Da die Bereiche der Rechte einer KdöR jeweils auf Landesebene geregelt sind, verleiht jedes Land diesen Status für sein Gebiet selbständig. Wenn es eine Verleihung („Erstverleihung“) in einem Land schon gegeben hat, folgt somit trotzdem in anderen Ländern auf Antrag eine Zweitverleihung. Dieser geht ein eigenes materielles Prüfverfahren voraus, denn die Zweitverleihung erfolgt nicht automatisch, jedoch sind natürlich höchstrichterliche Rechtssprechung und bisherige Prüfverfahren insgesamt sorgsam zu beachten.

JZ stellt in allen Bundesländern Anträge auf Zweitverleihung. In Sachsen-Anhalt wurde der

Antrag einem sorgfältigen und umfangreichen Prüfverfahren unterzogen unter Beteiligung der verschiedenen Ressorts. Wie in anderen Bundesländern, wurden auch in Sachsen-Anhalt keine durchschlagenden Argumente gefunden, die Zweitverleihung zu verweigern, die vor den höchstrichterlichen Entscheidungen bestanden hätten. Die formalen Anforderungen waren darüber hinaus erfüllt. Die fachlich zuständigen Referenten aller Länder tagten mehrmals zum Thema. Die Staats- und Senatskanzleien verständigten sich als Ergebnis davon, die Zweitverleihungen in etwa koordiniert durchzuführen. Dieses ist nur bedingt möglich, da die Verfahren in den Bundesländern recht unterschiedlich ausgestaltet sind. Das Kultusministerium Sachsen-Anhalt hat nach Kabinettsbefassung im Mai die Zweitverleihung im Juni vorgenommen. Nach Berlin ist dieses bis dato in zehn weiteren Bundesländern erfolgt. Die weiteren werden, so ist es zu erwarten, noch 2009 folgen. In Baden-Württemberg ist es als einzigem Land zu Auseinandersetzungen hierüber auch in den Medien gekommen. Insgesamt äußerten sich einzelne Kirchenvertreter ebenso wie Aussteigerorganisationen skeptisch bis ablehnend zur Zweitverleihungsfrage

Persönlich kann und darf jeder gegenüber JZ und ihren Glaubensinhalten skeptisch sein. Dieses gilt vor allem auch für uns Christen. Diese Skepsis müssen umgekehrt auch die großen Kirchen, die schon lange KdöR sind, im freiheitlichen Staat hinnehmen.

Dieses berührt nicht das insgesamt sehr gefestigte und gelungene staatskirchenrechtliche Miteinander von Staat und Kirchen in Deutschland. Das Loyalitätskriterium des Bundesverfassungsgerichts wird jedoch gerade in Zukunft bei der Betrachtung weiterer Religionsgemeinschaften, die KdöR werden wollen, Beachtung finden müssen.

Da JZ zumindest nach bisherigem Stand keine der Rechte, die durch den Status einer KdöR eingeräumt werden, wahrzunehmen beabsichtigt, stellt sich die Frage nach dem Sinn der Anträge. Da das Rechtsinstitut der Kirche als KdöR sich seit dem 19. Jahrhundert durchaus und zu Recht immer weiter von einer administrativen Staatverbundenheit entfernt hat, wird die Verleihung des Status KdöR weitgehend als eine Art „Gütesiegel“ bei vielen verstanden, mit der eine Religionsgemeinschaft zeigen kann, dass sie „anerkannt“ ist. Das war aber nie der eigentliche Zweck dieser Rechtsform. Somit wird über die Fragen, die mit JZ verbunden sind, hinaus für die Zukunft die Diskussion fortgeführt werden müssen, inwieweit mittel- und langfristig in einer zunehmend polyreligiös werdenden Gesellschaft in Deutschland dieses staatskirchenrechtliche Instrumentarium tauglich bleibt. Bis jetzt hat es sich fest gegründet und gut begründet bewährt.

Stephen Gerhard Stehli,  
Magdeburg

## Impressum

Herausgeber:  
Evangelischer Arbeitskreis der CDU  
Sachsen-Anhalt

Verantwortliche Redakteure:  
Wolfgang Löw, Jürgen Scharf MdL

Texte:  
Jürgen Scharf, Holm Dietze, Ute Semkat, Lucas Wehner, Prof. Dr. med. Christof Huth, Karl-Martin Kuntze, Stephen Gerhard Stehli

Bilder:  
Lars Frohmüller, Bundesarchiv - Bild 183-1989-1218-037 - Gahlbeck, Friedrich, Enzyklopädie  
www.Wikipedia.de - GNU-Lizenz für freie Dokumentation - Ralf Roletschek, Bundesarchiv - Bild 183-1989-0325-009 - Roeske, Robert, Bundesarchiv - Bild 183-36672-0002 - Höhne Erich, Pohl, Erich, Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt, Reinhard Simon, Jens Wolf, Lucas Wehner, Steelmann

Stand: Juli 2009  
Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.